

Es ist wieder einmal soweit: Das neue Jahr steht vor der Tür und hier stehen Haushaltsreden auf der Tagesordnung.

Heute sind finanzielle Planungen, gerade auf kommunaler Ebene, besonders schwer. Eigentlich seltsam, denn die Wall Street kommt von einem Allzeithoch zum nächsten, der DAX erklimmt sein Jahreshoch, die Zahl der Beschäftigten in unserem Land ist hoch. Die deutsche Wirtschaft brummt und damit rollt auch der Steuergroschen.

Doch die Haushaltssituation der Stadt Steinfurt zwingt alle Beteiligten, nach möglichen Einsparpotentialen zu suchen!



Unsere mittelfristige Finanzplanung, sieht alles andere als rosig aus: die Reserven schrumpfen.

Die Rücklage zum 1.1.2018 beträgt 23,5 Millionen Euro, die Höhe der Kredite 53,2 Millionen Euro [10 Mio. Kassenkredit]. Durch die geplanten Entnahmen von 1,6 Millionen Euro in diesem Jahr wird die Rücklage zum Jahresende auf 21,9 Millionen Euro minimiert werden. Sowohl die Bürgermeisterin als auch unsere Kämmerin haben sehr deutlich bei der Einbringung des Haushaltes auf die Risiken in der mittelfristigen Finanzplanung hingewiesen: Anhand der vorliegenden Finanzplanung erhöht sich der Schuldenstand im kommenden Haushaltsjahr um ca. 2 Millionen Euro. Ich zitiere die Kämmerin: "Trotz der für 2018 geplanten Neuverschuldung muss das Ziel des kontinuierlichen Schuldenabbaus zur Gesundung der Haushaltswirtschaft beibehalten werden. Nur so ist es möglich, zusätzliche finanzielle Belastungen durch Zinserhöhungen in den nächsten Jahren zu begrenzen."



Leisten können muss man sich aber auch den gesamten Schuldendienst und der besteht eben nicht nur in den zugegeben derzeit historisch niedrigen Zinsen. Da gehört immer auch noch der Hauptbrocken, die Tilgung der Schulden dazu. Und dies werden dann wohl kommende Generationen zu leisten haben.

Wünsche müssen der Wirklichkeit angepasst werden! Aber was passiert in Steinfurt?

Der Stadtrat denkt vorrangig über die Erhöhung von Steuern und Gebühren nach. Eine Hinterfragung der Qualität der städtischen Leistungen sehen wir nicht. Niemand fragt: Geht es auch einfacher, eine Nummer günstiger? Die einfache Gleichung lautet hier: Wenn die Einnahmenseite steigt brauchen wir uns bei der Ausgabenseite keinen Kopf machen. Unsere Begeisterung hält sich vor diesem Hintergrund in engen Grenzen.

Deshalb ein paar Worte zu den fws-Schwerpunkten:

: Beim Bau von Flüchtlingsunterkünften sind für 2018 keine weiteren Investitionen von Seiten der Stadt vorgesehen. Ob die vorhandenen Unterkünfte den Bedarf für die Unterbringung 2018 decken werden, ist uns nicht wirklich klar, denn einerseits gibt es derzeit nur noch wenige Asylsuchende, die neu in Deutschland ankommen, andererseits ist deutlich zu machen, dass gerade der Familiennachzug zu einer erheblichen Nachfrage nach Wohnraum führen wird.



Beim Thema Flüchtlinge ist es unverzichtbar den vielen ehrenamtlichen Helfern hier in Steinfurt unseren Dank auszusprechen, denn ohne ihren großen Einsatz kann Integration nicht gelingen.

: Das Ehrenamt zu fördern, die Arbeit unserer Vereine zu unterstützen, das sportliche, soziale und kulturelle Leben zu stärken ist wichtig für unsere Stadt Steinfurt.

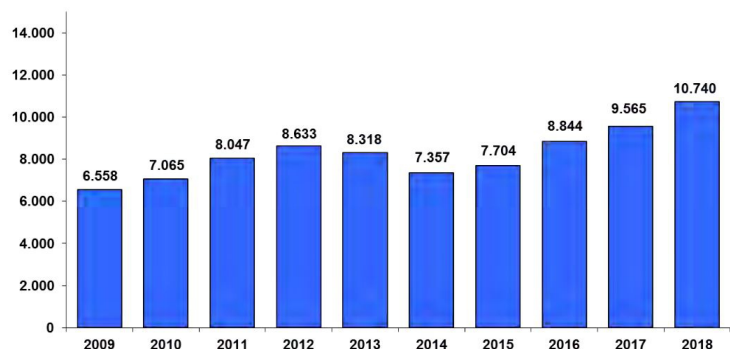
Ein besonderes Projekt ist das Freibad Burgsteinfurt. Mit viel Einsatz wurde das Freibad vor der Schließung gerettet. Unser Dank an alle Aktive. Über 100 freiwillige Helfer aus ganz Steinfurt haben bei mehreren Einsätzen wertvolle Arbeit geleistet. Auch mit Hilfe des Aktionsbündnisses und weiteren Sponsoren wurden erhebliche Einsparungen von mehr als 200.000,00 Euro realisiert.

Ein wertvolles Beispiel für unser Stadt Steinfurt, deutlich Kostenreduzierungen umzusetzen.

: Die Jugendamtsumlage des Kreises ist auf 10,7 Mio. Euro erhöht. Die Aufwendungen sind seit 2009 um 64% gestiegen. Zusätzlich zur Kreisjugendamtsumlage haben wir eine freiwillige städtische Jugendarbeit, weil die Mehrheit im Rat diese als notwendig ansieht.

Entwicklung der Kreisumlage Jugendamt

in 1.000 EUR



Die FWS beantragt nicht eine Überprüfung durch die Verwaltung, ob ein eigenes Jugendamt wirtschaftlicher ist als die städtische Jugendarbeit und die Jugendamtsumlage an den Kreis. Der Arbeitsaufwand für diese detaillierte Überprüfung ist nur vertretbar, wenn wir auch bereit wären, ein eigenes Jugendamt zu errichten.



: Wichtig ist der fws, dass die ungewisse Sportplatzsituation des SV Wilmsberg behoben wird. Das Pachtverhältnis für das Waldstadion endet in zwei Jahre. Das Pachtverhältnis muss frühzeitig verlängert werden. Wenn rentierlich und eine Kaufmöglichkeit besteht, sollte diese gepachtete Fläche gekauft werden. Zur Sicherung des Sportbetriebs an der Gräfin-Bertha-Straße wurde die Fläche erst sehr spät - und somit überteuert - von der Stadt erworben.

: Natürlich ist das Thema Feuerwehr naheliegend. Neben der Beschaffung und Ersatzbeschaffung von Fahrzeugen und Gerät, müssen wir auch die Probleme unserer Feuerwache in Burgsteinfurt angehen. Für die Realisierung sind von 2019 bis 2022 Mittel von 5,8 Mio. Euro im Haushalt vorgesehen.

Die fws fordert von der Verwaltung eine konsequente und sehr detaillierte Vorplanung, die Änderungen überflüssig macht und Kostenabweichungen damit ausschließt.

Doppelte Zusatzanlagen in Verbindung mit Borghorst sind möglichst zu vermeiden. Die fws fordert, dass Festpreisangebote mit festem Übergabetermin verpflichtend sind. Auch die Möglichkeit Generalunternehmerangebote; Alternativ- und/oder Nebenangebote - als Festpreisangebote - abzugeben, müssen zugelassen werden. Nicht präzisierte Planungsdetails kosten im Nachhinein viel Geld!

: Die Investitionen in die Sanierungen der Schulen und Turnhallen sind unaufschiebbar.

Das Konzept der Stadt zum Projekt „Gute Schule 2020“ halten wir für gut und richtig. Besonders betonen möchte ich den Digitalen Ausbau der Schulen. Und dies nicht nur, weil es unserer Fraktion besonders wichtig wäre, sondern wir allen Schulen den digitalen Anschluss ermöglichen wollen - ein Bildungsthema, das uns wichtig sein sollte. Daneben stehen Ganztageschulen im Vordergrund und damit natürlich auch Investitionen, die wir für die Zukunft unserer Kinder gerne tätigen.

: Für die fws ist die optimale Auslastung der Schulen im Stadtgebiet notwendig. Die Errichtung eines Grundschulverbunds zwischen der Graf-Ludwig-Schule als



Hauptstandort und der Willibrordschule als Teilstandort war ein notwendiger und richtiger Weg, um auf die Zahl der Schulanfänger zu reagieren.

Bei den Schulformen erleben wir einen bildungspolitischen Umbruch. Hauptschule und Realschule sind landesweit faktisch auf einem absteigenden Ast. Als Schulträger müssen wir mit dieser Realität umgehen und unsere Schulen – und damit den Bildungsstandort Steinfurt - für die Zukunft neu orientieren. Wir dürfen nicht mit Scheuklappen an jegliche Schuldiskussion vorbeigehen, auch wenn das Beharrungsvermögen auf den Ist-Zustand hier in Steinfurt sehr groß ist.



: Der Bagno-Kulturkreis erhält einen jährlichen Zuschuss von 42.500,00 Euro. Daneben erhält der Bagno-Kulturkreis zusätzlich eine „Hintertürfinanzierung“ durch die Stadt.

Um hierüber mit dem Bagno-Kulturkreis zu sprechen beantragten wir im Rahmen der Haushaltsberatung das Verfahren einer fristgerechten Vertragskündigung und Neuverhandlung. – Aber – handelt es sich hier um eine so heilige Kuh, dass wir

nicht mal das Wort „Kündigung“ in den Mund nehmen sollten. Wo leben wir denn? „Immer weiter so“ das können und das dürfen wir uns bei einem Gesamtpaket von über 100.000,00 Euro nicht mehr im Wege eines Automatismus leisten.

: Im gleichen Atemzug ist zu fragen: Wie sieht es mit der Gewährsträgerschaft für das Heinrich-Neuy-Museum aus? Wie läuft die 15-jährige Betriebsverpflichtung? Es gibt hier ein unkalkulierbares Risiko und verwaltungsseitig keine stetige Kontrolle!

: Nun weckt die Möglichkeit einer 60 % Förderung [vielleicht auch etwas mehr] mal wieder den Wunsch nach einem integrierten städtebaulichen Entwicklungskonzept für unsere Stadtkerne in Borghorst und Burgsteinfurt. Die Kosten für eine Erstellung dieses Konzeptes durch einen Dritten betragen 50.000,00 € und sind förderfähig, wenn das „Integrierte städtebauliche Entwicklungskonzept“ bewilligt wird. Wir fragen uns, hat die Verwaltung aus den Versuchen die Zentren zu beleben bisher nichts gelernt. Keiner der Eigentümer in Burgsteinfurt und Borghorst hat sich dafür interessiert. Die Leerstände sind nicht weniger geworden, gerade wurde erst in beiden Zentrumsbereichen Wohnbebauung und Umwandlung von Geschäftsräume in Wohnungen – auch in den Fußgängerzonen - zugelassen. Daher sagen wir zu der aktuellen Maßnahmen NEIN.



: Die fws hatte sich gegen die Grundsteuer-Erhöpfung ausgesprochen. Im Zusammenhang mit der Diskussion über den Erhalt des Marien-Krankenhauses in Borghorst haben wir unsere Meinung punktuell geändert, sind wir mehrheitlich umgeschwenkt und haben der Erhöhung der Grundsteuer für den Erhalt des Krankenhauses in Steinfurt zugestimmt. Alle sollten mit an den Kosten beteiligt werden: Sei es als Grundstückseigentümer, sei es als Mieter, auf die manche Eigentümer sicherlich die Steuererhöhung umgelegt haben und die Gewerbesteuerpflichtigen. Aber weitere Erhöhungen lehnen wir ab.

: Wäre Steinfurt eine Kapitalgesellschaft, so würde die Bürgermeisterin wegen Insolvenzverschleppung als Geschäftsführerin der Stadt von Gesetzes wegen zur Rechenschaft gezogen! Ich rede von den städtischen Swap-Geschäften. Die bittere Realität ist, dass das Geld der Steinfurter Bürger verzockt wurde. Nach ihrer Presseerklärung, Frau Bürgermeisterin, haben sich ca. 9,2 Millionen Euro in Luft aufgelöst. Christian Franke wurde in der Presse mit mehr als der doppelten Summe zitiert. Für mich ist die Aussage von Christian absolut glaubwürdig.



Aber Steinfurt ist nun mal keine Kapitalgesellschaft. Also müssen wir gemeinsam für die Schadensregulierung aufkommen! Die fws – und einige aus den anderen kleinen Fraktionen – haben damals gegen das Finanzgeschäft gestimmt. Frau Bürgermeisterin, sie haben lt. Presse damals dafür gestimmt. Nur unser damalige Fraktionsvorsitzender Wobbe hat eine Fraktionserklärung gegen die Swap-Geschäfte veröffentlicht. Und was macht jetzt die SPD-Fraktion? Sie stellt einen Antrag und möchte Aufklärung über die Auswirkungen der Swap-Geschäfte, trotzdem aber den „Deckel drauf“. Das ist für mich nur lachhaft. Erst den Wagen selber in den Graben fahren und dann zu verlangen, niemand darf den Fahrer benennen. Das Swap-Desaster haben die damals zustimmenden Fraktionen zu verantworten. Als Konsequenz aus diesem Skandal kann ich nur fordern: die Bürger brauchen hier in Steinfurt vollständige Transparenz!

: Aktuell sorgt diese Mehrheit im Rat dafür, dass den Steinfurtern wieder ein Desaster in Millionenhöhe droht. Ich spreche von der Möglichkeit, dass die Stadt eine Ordnungsverfügung zum Abriss des Weber-Quartier erlassen und ggf. den Abriss dann selber vornehmen, also durchführen lassen muss.



Der Fortgang im Weber-Quartier bezüglich der Neubebauung ist mehr denn je ungewiss. Gewiss ist aber, dass die Stadt für die akut einsturzgefährdeten Gebäude durch eine Ordnungsverfügung an den Insolvenzverwalter/Investor diese zum sofortigen Abbruch verpflichten muss. Die Bauzäune

reichen als Sicherungsmaßnahme nicht aus. Wir als FWS gehen davon aus, dass derzeit der Insolvenzverwalter eine derartige Ordnungsverfügung nicht umsetzen kann und wird.

Gewiss ist dann auch, dass die Stadt Steinfurt im Endeffekt die Kosten von bis zu 1.000.000,00 Euro für die notwendigen Abrissmaßnahmen erst mal tragen muss. Was davon zu einem späteren Zeitpunkt wieder hereingeholt werden kann, ist völlig offen. Und das alles nur, weil die SPD, CDU und Teile der Grünen ihr privates Spielchen durchziehen. Sie haben die Verwaltung und den Investor gezielt ausgebremst. Der Investor hatte nach Berichten der WN bereits für den letzten Herbst mit einem vollständigen Abbruch geplant. Die Kosten hätte dieser und nicht die Steinfurter Bürgerinnen und Bürger getragen. Danke liebe Kolleginnen und Kollegen für euren Griff in unser aller Portemonnaies und danke dafür, dass uns die Bauruine im Herzen von Borghorst bis auf Weiteres erhalten bleibt. Wir können nur hoffen, dass das Interesse der Weberquartier-GmbH noch so groß ist, dass der Investor doch wieder mit ins Boot kommt und die Kosten übernimmt. Ein riesiger Imageschaden ist für Steinfurt aber unabhängig vom Ausgang der Kostenübernahme entstanden.

: Die fws-Fraktion hat im Rahmen der Haushaltsberatung beantragt, die Kostenübernahme bei Inanspruchnahme von Leistungen des Baubetriebshofes durch Dritte schrittweise umzusetzen.

Die Bürgermeisterin hat bereits bei Inanspruchnahme von Leistungen des Baubetriebshofes durch Dritte diese angeschrieben und auf die Kostensituation hingewiesen. Mehr passierte nicht. Wir haben beantragt, dass die Kostenübernahme, wenn auch schrittweise, (bis 2020 fast bis an 100%) eingefordert werden. Ergebnis am Dienstag im HA: Der fws-Antrag wurde abgelehnt! Es gibt jetzt aber den Einstieg in die Diskussion der freiwilligen Leistungen des Baubetriebshofes.



Es liegt hier ein genehmigungsfähiger Haushaltentwurf vor, zumindest nach kameralistischen Kriterien. Unsere Bedenken sind aber für uns entscheidend.

Dem Haushalt 2018 und der mittelfristigen Finanzplanung stimmt die Fraktion der Freien Wähler nicht zu.

Dr. Reinhold Dankel
Rede zum Haushalt 2018



Abschließend möchte ich die Gelegenheit nutzen um allen, die beim Planen des Haushaltes 2018 mitgewirkt haben, den Dank der Fraktion der Freien Wähler auszusprechen. Insbesondere gilt der Dank unserer Kämmerin, Frau Melchers, und ihre Mitarbeiter für die sorgfältige Vorbereitung des Entwurfes und für das Einarbeiten der Änderungswünsche der letzten Wochen und Tage.

Ihnen, meine Damen und Herren, danke ich für ihr Zuhören.

Steinfurt, 14.12.2017